

Presseerklärung

www.ifi-hamburg.de

Hamburg, den 30.08.2020

„Wir schaffen das!“

Nach 4 Jahren der Unterschrift der Bürgerverträge und 5 Jahre nach der Zielvorgabe der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das!“ ist das Ergebnis ernüchternd.

Geschafft wurde, was statistisch zu erwarten war!

Beschäftigung als Messgröße für den Integrationserfolg

- Bereits 2015 hatte das IAB¹ vorausgesagt, dass nach 5 Jahren 50% der geflüchteten Menschen beschäftigt seien.



- Am 4. Februar 2020 berichtete die Süddeutsche Zeitung²: „Nach dem großen Zuzug geht inzwischen jeder zweite Flüchtling (50%) in Deutschland einer Beschäftigung nach.“ Nur etwas mehr als die Hälfte üben danach keinen Helferjob aus.
- Konkretes Beispiel: In der öffentlich-rechtlichen Unterkunft (örU) „Suurheid“ (Perspektive Wohnen, d.h. mit geflüchteten Menschen, die eine gute Bleibeperspektive haben), haben 24 Menschen (bei 70 Familien und 300 Menschen) einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

Unterbringung (Wohnen) als Integrationsfaktor

- 2016 hatte Hamburg 126 örU mit insgesamt 26.903 Plätzen, davon 29 mit mehr als 300 Plätzen.
- 2020 hat Hamburg 125 örU mit nun 33.188 Plätzen, davon 42 mit mehr als 300 Plätzen

Das schriftlich vereinbarte Ziel, viele kleine Unterkünfte (3 x 300 für neue Standorte, kleinere Einrichtungen, Belegungsreduzierung der größeren Standorte), verteilt über die Stadt, wurde vollständig verfehlt und sofort aufgegeben, als die Notwendigkeit neuer Unterkünfte im Herbst 2016 zurück ging.

Die Verweildauer von Flüchtlingen den örU liegt mittlerweile bei über 3 Jahren! Zur Erinnerung: örU soll nur einer vorübergehenden (6 Monate) Unterbringung dienen.

Die Verteilung von Flüchtlingen in der Stadt ist gegenüber 2016 unverändert! Die Stadt bringt unter anstatt, wie im Kompromiss vereinbart, die Unterbringung als Chance zur Integration zu nutzen.

¹ IAB, Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015, 14/2015

² <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fluechtlinge-deutschland-arbeit-1.4784432>

Presseerklärung

www.ifi-hamburg.de

Schule und KITA als Integrationsfaktor

- Durch die fehlende Verteilung der Geflüchteten in der Stadt sind auch die Folgeprobleme hinsichtlich der Schulwege, der verfügbaren KITA-Plätze und ungenügender Durchmischung unverändert.

„Was ist jetzt zu tun?“

Zunächst einmal: **Anerkennen was ist!**

Allein das wäre ein großer Fortschritt in der Diskussion um die Notwendigkeiten der Integration.

Fünf wichtige Ergebnisse wären:

1. Die Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle für Integration (ZKI)

Die Schaffung einer solchen Stelle wurde bereits im Konsens vereinbart, um Integration in den Mittelpunkt zu stellen und Schnittstellen besser zu koordinieren, wie dies beispielsweise in NRW bereits umgesetzt ist³. Die bisher durchgeführten Abstimmungsrunden zwischen den Behörden haben unsere Erwartungen in keiner Weise erfüllt und werden der Aufgabe nicht gerecht.

2. Die Gründung einer weiteren Genossenschaft für den Wohnungsbau, die auch Integration und Bauen verbindet.

Die Forderung der Grünen nach einer weiteren Baugenossenschaft der Stadt ist durch die Forderung nach einem ¼ Mix zu ergänzen. ¼ Wohnungen für Flüchtlinge, ¼ Sozialwohnungen, ¼ freier Wohnungsmarkt, ¼ Eigentumswohnungen. Kein anderer Weg ist erkennbar, um 30.000 geflüchteten Menschen in absehbarer Zeit eine Chance am Wohnungsmarkt zu geben, solange die SAGA nicht einen höheren Anteil von Flüchtlingen verbindlich berücksichtigt. Der Anteil von Sozialwohnungen kann in guten Wohnlagen durchaus höher sein.

3. Die Angleichung der örU an die Standards des Sozialwohnungsbaus

Aktuell beträgt die durchschnittliche Verweildauer in örU bereits über 3 Jahre. Ändern sich die Fluktuationszahlen nicht, wird sich diese Verweildauer weiter deutlich erhöhen und einen Integrationserfolg nachhaltig behindern. Wenn das aber so ist, dann gibt es nur die Möglichkeit, den Wohnstandard in den örU zu erhöhen und dem sozialen Wohnungsbau anzugleichen. In diesem Zusammenhang muss auch die Vereinbarung zur Entwicklung von Mindest-Qualitätsstandards erfüllt werden.

4. Ein Wettbewerb der Ideen: Einbindung weiterer sozialen Träger

(DRK, AWO, ASB) für den Betrieb von örU, wie im Bürgervertrag vereinbart!

Auf die Erfahrung dieser Träger darf auch in Zukunft nicht verzichtet werden. Ein Monopol von f&w schafft langfristig keine Verbesserung der Betreuung.

³ <https://www.mkffi.nrw/ministerium-fuer-kinder-familie-fluechtlinge-und-integration>

Presseerklärung

www.ifi-hamburg.de

5. Die Erweiterung des Auftrages an f&w um Integration.

Aktuell ist f&w nur für die Unterbringung zuständig und führt eine sogenannte Verweisberatung durch. Bei anderen Trägern sehen wir hier deutlich mehr Anstrengungen aktiv an der Integration mitzuwirken. Dazu muss auch f&w verpflichtet werden.

Klaus Schomacker (HGI, Sprecher des Dachverbandes IFI)

Ich möchte nach 5 Jahren >Wir schaffen das!< daran erinnern, welche Sorgen wir 2016 in der Drs. 21-5231 zum Ausdruck gebracht haben: „Die Grundforderung und Überzeugung der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ (HGI), dass kleinteilige Unterbringung (kleiner 100) die bestmögliche Integration gewährleistet und dies im normalen Wohnungsmarkt umzusetzen ist, konnte im Petikum weder formuliert noch als politisches Ziel festgeschrieben werden. Dieser fehlende Perspektivwechsel der Politik stellt ein schwer voraussehbares Risiko für ein mögliches Scheitern der Integration dar.“ Und „Mehr Verbindlichkeit hätten wir auch gerne bei dem für die Integration entscheidenden Baustein „Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit“ erreicht. Eine rechtliche Verpflichtung wäre hier zielführender als eine Selbstverpflichtung.“

Heute müssen wir feststellen, dass unsere Sorgen nur allzu berechtigt waren!

Harald Lübker (HGI):

In 5 Jahren hat die Stadt es nicht erreicht in unseren ör-Unterkünften ausreichend Internetzugänge zu installieren. Das ist im Grunde keine große Sache, aber leider ein Symbol für die unzureichende Bereitschaft für die Integration wirklich alles zu tun. Seit unserer Gründung fordern wir einen „Mindeststandard“ für die Unterbringung. Auch den konnte uns die Stadt bisher nicht darstellen! Verantwortung verliert sich immer wieder in unklaren Zuständigkeiten, fehlendem Gestaltungswillen und bürokratischer Trägheit. Auch die uns in Bahrenfeld und Osdorf schriftlich von Senat und Bezirk zugesagten Schließungstermine werden nicht eingehalten.

Die Versprechungen und die Zusagen von 2016 scheinen kein großes Thema mehr zu sein. Es soll wohl alles bleiben wie es ist; aber kann man es akzeptieren, dass auf Dauer 30.000 Menschen keinen vernünftigen Wohnraum haben?

Ansprechpartner für die Presse:

Klaus Schomacker

Tel.: 01578 / 3 28 55 55

